

## „Diskussion muss mit allen Beteiligten erfolgen“

- Von: Claudia Fischer, Vorsitzende Schulausschuss (CDU)
- Betr.: „FDP stellt Gesamtschule in Frage“
- **WZ** vom 6. Dezember

Mit Interesse, aber auch großer Besorgnis habe ich die Stellungnahme der FDP zur Umwandlung der Gesamtschule in eine Sekundarschule, sowie die darauf antwortenden Leserbriefe und Kommentare, verfolgt. Es werden in Waltrop so durch eine Partei politische Forderungen

laut, die ohne die Einbindung der politisch Verantwortlichen, wie z.B. der Ausschussmitglieder SKS noch der betroffenen Eltern gestellt wurden. Das lehne ich als Ausschussvorsitzende vehement ab. Das Thema weiterführende Schulen (in diesem Zusammenhang demografischer Wandel) wird uns in den nächsten Jahren in Waltrop intensiv begleiten. Ich kann daher die große Sorge der betroffenen Eltern verstehen, weil solche Aussagen Unsicherheit verbreiten und un-

nötig Angst schüren. Dass Sie als Eltern direkt darauf reagieren, und Ihren Unmut zum Ausdruck bringen, freut mich. Es kann und darf nicht sein, dass Bürger und Bürgerinnen aus der Diskussion heraus gelassen werden. Sehen kann man dies u.a. an dem erfolgreichen Bürgerbegehren in Castrop-Rauxel, bei dem sich 13 270 Einwohner für den Erhalt der dortigen Fridtjof-Nansen-Realschule gestimmt, haben. Deshalb kann und muss eine solche Diskussion mit allen Beteiligten erfolgen.

## „Mangelnde Souveränität der Waltroper SPD“

- Von: Dr. Heinz Josef Mußhoff, FDP-Ratsmitglied (gekürzt)
- Betr.: Stellungnahme „So kann man neoliberales Handeln im Kleinen praktizieren“
- **WZ** vom 10. Dezember

Der FDP-Stadtverband Waltrop ist irritiert über die Äußerungen von Klaus Beie, dem Vorsitzenden der SPD Waltrop, zur Vorstellung der FDP-Leitlinien „Schulentwicklung in Waltrop“. Sprechen Klaus Beie und die Waltroper Sozialdemokraten der FDP vor Ort jetzt das Recht ab, sich zu aktuellen kommunalpolitischen Themen eine Meinung zu bilden, sich inhaltlich zu positionieren und die gefundene Position auch medial zu veröffentlichen? (...) In ei-

nem hat Klaus Beie allerdings recht, die FDP in Waltrop wollte „mal wieder auf sich aufmerksam machen“. Denn: „Auf sich aufmerksam machen“ ist unabdingbar mit politischer Willensbildung verknüpft. „Auf sich aufmerksam machen“ gehört zum Pflichtprogramm politischer Parteien – egal ob im Bund, im Land oder in der Kommune. (...) Die Liberalen in Waltrop werden es auch weiterhin nicht dulden und werden weiterhin darauf aufmerksam machen, wenn Themen im Verborgenen erarbeitet werden und dann, wie die Themen „Stromkonzession“, „Stadtwerke“ oder auch „Bücherei“ im Rat ohne inhaltliche Beschäftigung, ohne hinreichende Information der Bürger durchgewunken werden

sollen (...). Dass die FDP-Position dabei nicht von allen Waltroper Bürgern geteilt wird, ist den Liberalen durchaus bewusst. Aber, und das ist der entscheidende Unterschied zu der von Klaus Beie und seiner SPD praktizierten Politik der nicht-öffentlich tagenden Gremien: der Bürger kann sich mit der FDP-Position zum Thema „Schule“ auseinandersetzen, kann sie gutheißen, kritisieren, verwerfen, ablehnen, verbessern, in seinen künftigen Wahlentscheidungen berücksichtigen, ignorieren usw. (...) Eine solche Diskussion wie SPD-Chef Klaus Beie unterbinden zu wollen, zeugt von mangelnder Souveränität der Waltroper Sozialdemokraten im Umgang mit den Waltroper Bürgern (...)